

Internationales Privatrecht in der Notar- und Gestaltungspraxis

Hausmann / Odersky

4., neu bearbeitete und erweiterte Auflage 2021
ISBN 978-3-406-76395-3
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Hausmann/Odersky
Internationales Privatrecht
in der Notar- und Gestaltungspraxis


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Internationales Privatrecht in der Notar- und Gestaltungspraxis

Personenrecht und Rechtsgeschäfte,
Familienrecht, Erbrecht, Schuldvertrags- und
Sachenrecht, Gesellschaftsrecht

Herausgegeben von

Prof. Dr. Rainer Hausmann

em. o. Professor an der Universität Konstanz

Dr. Felix Odersky

Notar in Dachau

beck-shop.de

Bearbeitet von den Herausgebern und

Dr. Daniel Schäuble

Notar in Waldshut-Tiengen

DIE FACHTUCHHANDLUNG

Dr. Fabian Wall

Notar in Pirmasens

4., neu bearbeitete und erweiterte Auflage 2021



Zitiervorschlag:
Hausmann/Odersky IPR/*Bearbeiter* § ... Rn. ...

Es haben bearbeitet:

Prof. Dr. Rainer Hausmann:
§§ 1–6, 8–14

Dr. Felix Odersky:
§ 15

Dr. Daniel Schäuble:
§§ 7, 16, 17

Dr. Fabian Wall:
§§ 18, 19


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 76395 3

© 2021 Verlag C.H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: 3w+p GmbH, Rimpf
Umschlaggestaltung: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar



[chbeck.de/nachhaltig](https://www.chbeck.de/nachhaltig)

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Aufgrund der zunehmenden Europäisierung des Kollisionsrechts musste das Handbuch schon in der 3. Auflage nahezu vollständig neu gefasst werden. In Inhalt und Aufbau soll es auch in dieser Neuauflage sowohl einen systematischen Einstieg in das IPR als auch Antworten auf spezifische Fragen der Vertragsgestaltung geben und mit zahlreichen Fallbeispielen, Formulierungshilfen und Praxishinweisen die konkrete Anwendung des Kollisionsrechts in der Notar- und Gestaltungspraxis erleichtern. Dabei wurde daran festgehalten, möglichst alle in der juristischen Beratungs- und Beurkundungspraxis interessierenden Regelungsbereiche abzudecken.

Seit der Voraufgabe sind erneut weitreichende Reformen sowohl durch den europäischen wie den deutschen Gesetzgeber auf dem Gebiet des Kollisionsrechts in Kraft getreten, die eine Neuauflage mit zahlreichen Änderungen und Aktualisierungen erforderlich machen. Auf dem Gebiet der Rechtsgeschäftslehre ist insbesondere die Kodifikation des IPR der Vollmacht in Art. 8 EGBGB durch Gesetz vom 11.6.2017 (BGBl. I 1607) hervorzuheben, die zu einer grundlegenden Neubearbeitung von § 6 geführt hat.

Von überragender Bedeutung für dieses Handbuch ist ferner die Geltung der Europäischen Verordnung zum internationalen Ehegüterrecht seit dem 29.1.2019. Während die Voraufgabe nur erste allgemeine Hinweise auf die künftige Geltung dieser Verordnung enthielt, bildet ihre Anwendung in der rechtsgestaltenden Praxis nunmehr einen Schwerpunkt des neu gefassten § 9. Dies gilt insbesondere für die güterrechtliche Rechtswahl, die seit dem 29.1.2019 nur noch in den Schranken und in der Form der Art. 22, 23 EuGüVO getroffen werden kann. Demgegenüber gilt die objektive Anknüpfung des Güterrechtsstatuts nach Art. 26 EuGüVO gemäß Art. 69 Abs. 3 EuGüVO nur für nach diesem Stichtag geschlossene Ehen. Für die große Zahl der vor dem 29.1.2019 geschlossenen Ehen verbleibt es hingegen bei der Fortgeltung des inzwischen aufgehobenen Art. 15 Abs. 1 EGBGB iVm Art. 14 EGBGB aF. Aus diesem Grunde war auch das autonome deutsche internationale Ehegüterrecht, das noch für Jahrzehnte praktische Bedeutung behalten wird, weiterhin darzustellen.

Aufgrund ihres weiten sachlichen Anwendungsbereichs, der alle vermögensbezogenen Ehwirkungen umfasst, schränkt die EuGüVO auch den Anwendungsbereich des Art. 14 EGBGB stark ein. Im zeitlichen Anwendungsbereich der Verordnung ist diese deutsche Kollisionsnorm daher im Wesentlichen auf die persönlichen Ehwirkungen beschränkt, die in der Gestaltungspraxis nur eine untergeordnete Rolle spielen. Der deutsche Gesetzgeber hat dieser Entwicklung durch eine Neufassung von Art. 14 EGBGB durch Gesetz vom 17.12.2018 (BGBl. I 2573) Rechnung getragen, die in § 8 näher behandelt wird. Auch diese Neufassung gilt, soweit es um die objektive Anknüpfung des Ehwirkungsstatuts geht, allerdings nur für ab dem 29.1.2019 geschlossene Ehen. In davor eingegangenen Ehen gilt hingegen auch für die vermögensbezogenen allgemeinen Ehwirkungen aufgrund der Wandelbarkeit der Anknüpfung die Neufassung des Art. 14 Abs. 2 EGBGB.

Im internationalen Ehescheidungsrecht war in § 11 die als Reaktion auf die EuGH-Rechtsprechung in der Rechtssache *Sahyouni* durch Gesetz vom 21.12.2018 (BGBl. I 101) verabschiedete Neuregelung zum autonomen IPR der Privatscheidung in Art. 17 Abs. 2 EGBGB zu berücksichtigen, die vor allem bei Scheidungen von Ehen aus dem islamischen Rechtskreis sowie aus dem fernen Osten eine Rolle spielt.

Erheblichen Einfluss auf das IPR hat auch die Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe in Deutschland durch Gesetz vom 20.7.2017 (BGBl. I 2787) gehabt. Der deutsche Gesetzgeber hat hierauf durch weitere Änderungen von Art. 17b EGBGB mit Gesetzen vom 17.12.2018 (BGBl. I 2573) und vom 19.2.2020 (BGBl. I 541) reagiert. Die Neuerungen werden in § 13 behandelt, der nunmehr einen eigenen Abschnitt zur gleichgeschlechtlichen Ehe enthält. Zum Güterrecht der eingetragenen Lebenspartnerschaft war ferner die seit dem 29.1.2019 geltende EU-Verordnung (EuPartVO) zu berücksichtigen,

die in nach diesem Stichtag eingetragenen Lebenspartnerschaften das autonome Kollisionsrecht der Mitgliedstaaten verdrängt.

Eine wesentliche Änderung im Familienrecht hat schließlich durch Gesetz vom 19.3.2020 (BGBl. I 504) die Regelung des internationalen Adoptionsrechts in Art. 22 Abs. 1 EGBGB erfahren. Mit der Reform hat sich der Gesetzgeber nicht nur vom Staatsangehörigkeitsprinzip, sondern auch von der unterschiedlichen Anknüpfung der Adoption durch Einzelpersonen, Ehegatten und eingetragene Lebenspartner verabschiedet. Die Neuregelung, die nur noch zwischen der nach der *lex fori* zu beurteilenden Inlandsadoption und der dem Recht am ausländischen gewöhnlichen Aufenthalt des Anzunehmenden unterliegenden ausländischen Vertragsadoption unterscheidet, wird in § 14 näher dargestellt.

Die Anwendung der EuErbVO wurde seit der Voraufgabe durch zahlreiche europäische und nationale Gerichtsentscheidungen präzisiert. Die Rechtsprechung des EuGH zu einigen zuvor strittigen Auslegungsfragen – insbesondere in den Rechtssachen *Kubicka* zur unmittelbaren Wirkung eines Vindikationslegats, *Oberle* zur notwendigen internationalen Zuständigkeit für die Erteilung eines Erbscheins und *Mahnkopf* zur Qualifikation des § 1371 Abs. 1 BGB als erbrechtliche Norm – haben dabei erheblichen Einfluss auf die rechtsberatende Praxis.

Im internationalen Gesellschaftsrecht war schließlich die Weiterentwicklung der EuGH-Rechtsprechung zur Niederlassungsfreiheit bei grenzüberschreitenden Rechtsformwechseln in der Rechtssache *Polbud* zu berücksichtigen. Im Hinblick darauf wurde insbesondere § 18 um eine detaillierte Darstellung mit Mustern zu Wegzugs- und Zuzugsfällen mit Bezug zur deutschen GmbH erheblich erweitert. Ferner werden darin die praktischen Folgen des BREXIT für bestehende und neu zu gründende Gesellschaften englischen Rechts dargestellt.

Wir freuen uns, gut fünf Jahre nach Erscheinen der Voraufgabe das IPR für die Notar- und Gestaltungspraxis nun mit einem aktuellen Stand zum Juni 2021 darstellen zu können und bedanken uns herzlich bei Allen, die zu dieser Neuauflage wieder beigetragen haben.

München, im August 2021

Rainer Hausmann
Felix Odersky

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Verzeichnis der Formulierungsbeispiele	XXXI
Abkürzungsverzeichnis	XXXIII
Literaturverzeichnis	XLVII

1. Teil. Einführung

§ 1. Begriff und Rechtsquellen des IPR	1
§ 2. Funktionsweise des IPR	39
§ 3. Allgemeine Lehren	99

2. Teil. Personenrecht und Rechtsgeschäfte

§ 4. Geschäftsfähigkeit natürlicher Personen	157
§ 5. Gesetzliche Vertretung natürlicher Personen	181
§ 6. Gewillkürte Stellvertretung	227
§ 7. Form von Rechtsgeschäften	263

3. Teil. Familienrecht

§ 8. Allgemeine Ehwirkungen	291
§ 9. Ehegüterrecht	327
§ 10. Unterhaltsrecht	457
§ 11. Ehescheidung	553
§ 12. Versorgungsausgleich	623
§ 13. Lebenspartnerschaftsrecht	649
§ 14. Adoptionsrecht	693

4. Teil. Erbrecht

§ 15. Anwendbares Erbrecht	729
----------------------------------	-----

5. Teil. Schuldvertrags- und Sachenrecht

§ 16. Schuldvertragsrecht	839
§ 17. Sachenrecht	923

6. Teil. Gesellschaftsrecht

§ 18. Anknüpfung im Internationalen Gesellschaftsrecht	937
§ 19. Qualifikationsfragen im Internationalen Gesellschaftsrecht	1053

Sachregister	1083
Länderregister	1101

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Verzeichnis der Formulierungsbeispiele	XXXI
Abkürzungsverzeichnis	XXXIII
Literaturverzeichnis	XLVII

1. Teil. Einführung

§ 1. Begriff und Rechtsquellen des IPR	1
A. Begriff	2
I. Mehrdeutigkeit des Begriffs	2
II. Inhalt der Definition in Art. 3 Abs. 1 S. 1 EGBGB	2
1. IPR-Vorschriften	2
2. Auslandsberührung	3
III. Zwingende Geltung	4
IV. Funktion	5
B. Abgrenzung zu verwandten Rechtsgebieten	5
I. Sonstiges Kollisionsrecht	5
1. Interlokales Privatrecht	5
2. Interpersonales Privatrecht	6
3. Intertemporales Privatrecht	6
II. Internationales Zivilverfahrensrecht	6
III. Fremdenrecht	7
IV. Internationales Einheitsprivatrecht	7
V. Sachnormen für Auslands Sachverhalte	8
VI. Staatsangehörigkeitsrecht	10
C. Rechtsquellen	10
I. Staatsverträge	10
1. Bedeutung	10
2. Vorrang vor nationalem Kollisionsrecht	13
3. Konventionskonflikte	14
4. Auslegungsmethode	15
II. Recht der Europäischen Union	15
1. Allgemeines	16
2. EU-Verordnungsrecht	21
3. Richtlinienkollisionsrecht	26
4. Kollisionsrechtliche Staatsverträge mit der Qualität sekundären EU-Rechts	28
5. Besonderheiten des europäischen Kollisionsrechts	30
III. Autonomes Gesetzesrecht	35
1. Subsidiarität	35
2. Kodifikation	35
3. Spezialgesetze	37
IV. Gewohnheits- und Richterrecht	38
§ 2. Funktionsweise des IPR	39
A. Kollisionsnorm	40
I. Begriff	40
II. Struktur	40
1. Tatbestand	40
2. Rechtsfolge	41

III. Arten von Kollisionsnormen	43
1. Selbständige und unselbständige Kollisionsnormen	43
2. Einseitige und allseitige Kollisionsnormen	43
3. Versteckte Kollisionsnormen	44
B. Anknüpfungsmomente	45
I. Staatsangehörigkeit	45
1. Anwendungsbereich	45
2. Vor- und Nachteile des Staatsangehörigkeitsprinzips	46
3. Ermittlung der Staatsangehörigkeit	47
4. Probleme der Anknüpfung an die Staatsangehörigkeit	47
II. Wohnsitz	55
III. Gewöhnlicher Aufenthalt	55
1. Anwendungsbereich	56
2. Begriff	56
IV. Die Parteiautonomie	62
1. Begriff	62
2. Anwendungsbereich	62
3. Schranken	63
V. Lex fori	64
VI. Weitere Anknüpfungsmomente	64
VII. Kombination von Anknüpfungsmomenten	65
1. Die Häufung im einengenden Sinn	65
2. Die Häufung im erweiternden Sinn	65
VIII. Ausweichklauseln	67
C. Rück- und Weiterverweisung	68
I. Allgemeines	68
1. Begriffe	68
2. Rückverweisung	68
3. Weiterverweisung	70
4. Ursachen eines Renvoi	70
5. Gründe für die Beachtung eines Renvoi	71
II. Deutsches autonomes Kollisionsrecht	72
1. Grundsatz der Gesamtverweisung	72
2. Ausnahmen und Schranken	72
3. Anwendung des ausländischen Kollisionsrechts	74
4. Umfang des Renvoi	79
5. Nicht feststellbarer Renvoi	80
III. Staatsvertragliche Kollisionsnormen	80
IV. EU-Recht	81
D. Unteranknüpfung bei Mehrrechtsstaaten	81
I. Problemstellung	81
II. Mehrrechtsstaaten	82
1. Räumliche Rechtsspaltung	82
2. Personale Rechtsspaltung	83
III. Rechtsquellen	84
1. Staatsverträge	84
2. EU-Recht	85
3. Autonomes deutsches Kollisionsrecht	86
IV. Die Regelung in Art. 4 Abs. 3 EGBGB	86
1. Lokale Rechtsspaltung	86
2. Personale Rechtsspaltung	92
E. Vorrang des Einzelstatuts	93
I. Allgemeines	93

II. Anwendungsbereich	94
III. Besondere Vorschriften	95
1. Sachnormen	95
2. Kollisionsnormen	96
3. Wirkung	96
§ 3. Allgemeine Lehren	99
A. Qualifikation	100
I. Problemstellung	101
II. Gegenstand der Qualifikation	101
1. Lebensverhältnisse	101
2. Rechtsfragen	101
III. Qualifikationsmethoden	102
IV. Funktionale Qualifikation	103
1. Grundsatz: lex fori-Qualifikation	103
2. Modifikationen	104
V. Fallgruppen	106
1. Systemunterschiede zwischen deutschem IPR und deutschem materiellen Recht	106
2. Systemunterschiede zwischen deutschem und ausländischem materiellen Recht	108
3. Dem deutschen Recht unbekannte ausländische Rechtsinstitute	109
B. Vorfrage	110
I. Begriff	110
1. Erstfrage	110
2. Vorfrage	111
II. Anknüpfung von Erstfragen	111
1. Grundsatz	111
2. Schranken	111
III. Anknüpfung von Vorfragen	112
1. Problemstellung	112
2. Unselbständige Vorfragenanknüpfung	113
3. Selbständige Vorfragenanknüpfung	114
4. Differenzierende Vorfragenanknüpfung	116
IV. Erst- und Vorfragen im staatsvertraglichen und europäischen Kollisionsrecht	116
1. Staatsverträge	116
2. EU-Verordnungen	117
V. Gestaltungswirkung von Statusurteilen	118
VI. Teilfrage	120
1. Begriff	120
2. Problemstellung	120
3. Anknüpfung	121
C. Anpassung	121
I. Begriff und Notwendigkeit	121
II. Arten von Normwidersprüchen	121
1. Normenmangel	122
2. Normenhäufung	122
3. Qualitative Normendiskrepanz	122
III. Lösung der Anpassungsprobleme	122
1. Kollisionsrechtliche Lösungen	123
2. Sachrechtliche Lösungen	123

D. Weitere Besonderheiten der Rechtsanwendung in Fällen mit Auslandsbezug	126
I. Statutenwechsel	126
1. Begriff	126
2. Ursachen	127
3. Kollisionsrechtliche Behandlung	128
II. Handeln unter „falschem“ Recht	130
III. Substitution	132
1. Begriff und Abgrenzung	133
2. Zulässigkeit der Substitution	133
3. Gleichwertigkeit des ausländischen Rechtsinstituts	134
IV. Hinkende Rechtsverhältnisse	135
1. Allgemeines	135
2. Anwendungsfälle	136
3. Vermeidung	139
E. Ordre public	141
I. Begriff	141
II. Rechtsquellen	142
1. EU-Recht	142
2. Staatsverträge	143
3. Autonomes Kollisionsrecht	144
III. Abgrenzungen	144
1. Allgemeine und spezielle Vorbehaltsklauseln	144
2. Ordre public und Eingriffsnormen	144
3. Ordre public und Gesetzesumgehung	145
4. Kollisions- und anerkennungsrechtlicher ordre public	145
IV. Kontrollmaßstab	146
1. Wesentliche Grundsätze des deutschen Rechts	146
2. Grundrechte der deutschen Verfassung	147
3. Völkerrecht und internationale Standards	147
4. Europäisches Recht	148
V. Voraussetzungen für die Anwendung von Art. 6 EGBGB	149
1. Gegenstand der Kontrolle	149
2. Offensichtlicher und schwerer Verstoß	149
3. Hinreichender Inlandsbezug	150
4. Maßgebender Zeitpunkt	151
5. Darlegungslast	152
VI. Rechtsfolgen eines ordre public-Verstoßes	153
1. Nichtanwendung des ausländischen Rechts	154
2. Lückenfüllung	154
F. Gesetzesumgehung	155

2. Teil. Personenrecht und Rechtsgeschäfte

§ 4. Geschäftsfähigkeit natürlicher Personen	157
A. Allgemeines	158
B. Rechtsquellen	158
I. EU-Recht	158
II. Staatsverträge	159
1. Haager Erwachsenenschutzübereinkommen	159
2. Deutsch-iranisches Niederlassungsabkommen	159
III. Autonomes deutsches Kollisionsrecht	159

C. Anknüpfung der Geschäftsfähigkeit	159
I. Sonderanknüpfung an die Staatsangehörigkeit	159
1. Mehrstaater	160
2. Staatenlose	161
3. Flüchtlinge	161
II. Rück- oder Weiterverweisung	162
III. Rechtsspaltung	163
IV. Ordre public	163
D. Statutenwechsel	163
E. Reichweite des Geschäftsfähigkeitsstatuts	165
I. Volljährigkeit	165
II. Geschäftsfähigkeitsstufen	166
III. Teilgeschäftsfähigkeit	167
1. Minderjährige	167
2. Geistig behinderte Volljährige	168
IV. Volljährigerklärung und Emanzipation	168
V. Heirat macht mündig	169
F. Abgrenzung zum Wirkungsstatut	170
I. Erfordernis und Grad der Geschäftsfähigkeit	170
II. Besondere Geschäftsfähigkeiten	171
1. Wechsel- und Scheckrecht	171
2. Familien- und Erbrecht	172
III. Folgen mangelnder Geschäftsfähigkeit	172
IV. Verfügungsmacht	174
G. Schutz des Rechtsverkehrs	174
I. Voraussetzungen des Verkehrsschutzes	175
1. Aufenthalt der Vertragspartner in demselben Staat	175
2. Gutgläubigkeit des Drittkontrahenten	175
3. Verkehrsgeschäft	177
II. Wirkungen des Verkehrsschutzes	178
1. Alternative Anwendung des Rechts am Vornahmeort	178
2. Gesetzliche und gerichtliche Beschränkungen	179
§ 5. Gesetzliche Vertretung natürlicher Personen	181
A. Allgemeines	181
B. Gesetzliche Vertretung Minderjähriger	182
I. Rechtsquellen	182
1. Staatsverträge	182
2. EU-Recht	186
3. Autonomes deutsches Kollisionsrecht	187
II. Anknüpfung der gesetzlichen Vertretung	188
1. Anwendungsbereich des KSÜ	188
2. Anordnung und Wirkungen von Schutzmaßnahmen	190
3. Vertretung von Kindern kraft Gesetzes	197
III. Reichweite des Statuts der gesetzlichen Vertretung	203
1. Elterliche Verantwortung	203
2. Schutzmaßnahmen	203
3. Vertretung von Kindern kraft Gesetzes	204
4. Familiengerichtliche Genehmigung	204
5. Abgrenzung zum Wirkungsstatut	206
6. Vorfragen	206
7. Ordre public	206

IV. Schutz des Rechtsverkehrs	207
1. Allgemeines	207
2. Voraussetzungen des Verkehrsschutzes	208
3. Rechtsfolge	209
V. Anerkennung und Vollstreckung von Schutzmaßnahmen	210
1. EU-Recht	210
2. Staatsverträge	210
3. Autonomes Verfahrensrecht	212
C. Gesetzliche Vertretung Erwachsener	212
I. Rechtsquellen	212
1. Haager Erwachsenenschutzübereinkommen von 2000	212
2. Deutsch-iranisches Niederlassungsabkommen	213
3. Autonomes Kollisionsrecht	213
II. Anknüpfung der gesetzlichen Vertretung	214
1. Haager Erwachsenenschutzübereinkommen	214
2. Autonomes Recht	217
III. Vorsorgevollmacht	219
1. Allgemeines	219
2. Objektive Anknüpfung	220
3. Rechtswahl	221
4. Reichweite des Vollmachtsstatuts	223
5. Recht des Gebrauchsorts	223
IV. Schutz des Rechtsverkehrs	224
1. Rom I-VO	224
2. Haager Erwachsenenschutzübereinkommen	224
V. Anerkennung und Vollstreckung von Schutzmaßnahmen	225
1. Haager Erwachsenenschutzübereinkommen	225
2. Deutsches autonomes Verfahrensrecht	225
§ 6. Gewillkürte Stellvertretung	227
A. Rechtsquellen	228
I. EU-Recht	228
II. Staatsverträge	229
III. Autonomes Recht	229
B. Rechtswahl nach Art. 8 Abs. 1 EGBGB	230
I. Allgemeines	230
II. Einseitige Rechtswahl (Art. 8 Abs. 1 S. 1 EGBGB)	231
III. Allseitige Rechtswahl (Art. 8 Abs. 1 S. 2, S. 3 EGBGB)	233
C. Objektive Anknüpfung	233
I. Sonderanknüpfung der Vollmacht	233
II. Anknüpfungen nach Art. 8 Abs. 2–4 EGBGB	235
1. Allgemeines	235
2. Ausübung unternehmerischer Tätigkeit durch den Bevollmächtigten (Art. 8 Abs. 2 EGBGB)	236
3. Vom Arbeitgeber bevollmächtigte Arbeitnehmer (Art. 8 Abs. 3 EGBGB)	239
4. Anknüpfung sonstiger Dauervollmachten (Art. 8 Abs. 4 EGBGB)	241
III. Recht des Gebrauchsorts der Vollmacht (Art. 8 Abs. 5 EGBGB)	242
1. Allgemeines	242
2. Bestimmung des Gebrauchsorts	243
3. Abweichende Bestimmung des Gebrauchslandes durch den Vollmachtgeber	244

4. Hilfsanknüpfung an den gewöhnlichen Aufenthalt des Vollmachtgebers	244
IV. Abweichungen von der Gebrauchsortanknüpfung im Hinblick auf den Gegenstand der Vollmacht	245
1. Grundstücksvollmacht (Art. 8 Abs. 6 EGBGB)	245
2. Börsenvollmacht (Art. 8 Abs. 7 EGBGB)	247
3. Prozessvollmacht	247
4. Vorsorgevollmacht	248
V. Bestimmung des gewöhnlichen Aufenthalts (Art. 8 Abs. 8 EGBGB)	248
D. Reichweite des Vollmachtsstatuts	249
I. Erteilung und Gültigkeit der Vollmacht	249
II. Auslegung der Vollmacht	250
III. Inhalt und Umfang der Vollmacht	250
IV. Form der Vollmacht	252
1. Geschäftsrecht	252
2. Ortsrecht	252
V. Dauer und Erlöschen der Vollmacht	254
VI. Duldungs- und Anscheinsvollmacht	255
VII. Gesetzliche Vertretung	257
E. Geschäftsstatut des Hauptvertrages	257
I. Zulässigkeit der Stellvertretung	257
II. Erfordernis einer Spezialvollmacht	258
III. Offenbarung des Vertretungsverhältnisses	258
IV. Zurechnung von Willensmängeln und bösem Glauben	258
V. Vertretung ohne Vertretungsmacht	259
1. Geschäftsstatut	259
2. Vollmachtsstatut	261
§ 7. Form von Rechtsgeschäften	263
A. Rechtsquellen	264
I. Vertragliches und außervertragliches Schuldrecht	264
II. Erbrechtliche Erklärungen	264
III. Vorsorgevollmachten	265
IV. Eheschließung und Güterrecht	266
V. Adoption	267
VI. Sonstige Rechtsquellen	267
VII. Rechtswahlvereinbarung	267
B. Formfragen	269
I. Form	269
II. Folgen eines Formverstoßes	270
C. Allgemeine Fragen der Formanknüpfung	270
I. Wahl des Formstatuts	270
II. Materielle Formvereinbarung	271
III. Ordre public und Eingriffsnormen	271
IV. Rück- und Weiterverweisung	272
D. Alternative Anknüpfung	273
E. Schuldverträge	274
I. Art. 11 Abs. 1 Rom I-VO	274
1. Art. 11 Abs. 1 Var. 1 Rom I-VO: Wirkungsstatut	274
2. Art. 11 Abs. 1 Var. 2 Rom I-VO: Ortsrecht	274
II. Art. 11 Abs. 2 Rom I-VO: Distanzgeschäft	275
III. Verbrauchervertrag (Art. 11 Abs. 4 Rom I-VO)	276

IV. Schuldrechtliche Immobilienverträge (Art. 11 Abs. 5 Rom I-VO)	277
F. Verträge auf Grundlage des autonomen Kollisionsrechts	278
G. Einseitige Rechtsgeschäfte	279
I. Art. 11 Abs. 3 Rom I-VO (einseitige Rechtsgeschäfte)	279
II. Art. 11 Abs. 4 Rom I-VO	280
III. Art. 11 Abs. 5 Rom I-VO	280
IV. Art. 11 EGBGB (einseitige Rechtsgeschäfte nach autonomem Kollisionsrecht)	280
H. Sachenrechtliche Verfügungen	281
I. Gesellschaftsrechtliche Vorgänge	282
J. Sachrechtliche Voraussetzungen des Wirkungsstatuts: Substitution und Auslandssachverhalte	284
I. Substitution	284
1. Verwirklichung der Tatbestandsmerkmale einer inländischen sachrechtlichen (Form-)Vorschrift im Ausland	284
2. Verwirklichung der Tatbestandsmerkmale einer ausländischen sachrechtlichen Vorschrift im Inland	289
II. Deutsche Formvorschriften für Verträge über ausländisches Vermögen	290
III. Ausländische Formvorschriften für Verträge über inländisches Vermögen	290
3. Teil. Familienrecht	
§ 8. Allgemeine Ehwirkungen	291
A. Allgemeines	292
B. Rechtsquellen	293
I. EU-Recht	293
II. Staatsverträge	295
1. Haager Ehwirkungsabkommen	295
2. Deutsch-iranisches Niederlassungsabkommen von 1929	295
III. Autonomes deutsches Kollisionsrecht	296
C. Objektive Anknüpfung	297
I. Allgemeines	297
II. Anknüpfungsleiter (Art. 14 Abs. 1 EGBGB)	297
1. Gemeinsamer gewöhnlicher Aufenthalt (Nr. 1)	298
2. Letzter gemeinsamer gewöhnlicher Aufenthalt (Nr. 2)	298
3. Gemeinsames Heimatrecht (Nr. 3)	299
4. Sonstige engste Verbindung (Nr. 4)	301
III. Rück- und Weiterverweisung	302
IV. Wandelbarkeit des Ehwirkungsstatuts	303
D. Rechtswahl	304
I. Allgemeines	304
1. Anwendungsbereich	304
2. Zustandekommen und materielle Wirksamkeit	305
3. Teilrechtswahl	306
4. Sachnormverweisung	306
II. Die wählbaren Rechte (Art. 14 Abs. 1 UAbs. 1 EGBGB)	306
1. Gemeinsamer gewöhnlicher Aufenthalt der Ehegatten (Nr. 1) ...	307
2. Letzter gemeinsamer gewöhnlicher Aufenthalt der Ehegatten (Nr. 2)	307
3. Staatsangehörigkeit eines Ehegatten (Nr. 3)	308
III. Form der Rechtswahl	309

IV. Wirkungen der Rechtswahl	310
V. Beendigung der Rechtswahl	310
VI. Praktische Bedeutung der Rechtswahl	311
VII. Hinweise und Belehrungen	311
VIII. Rechtswahl nach Art. 14 Abs. 2, Abs. 3 EGBGB aF	312
1. Rechtswahl nach Art. 14 Abs. 2 EGBGB aF	312
2. Rechtswahl nach Art. 14 Abs. 3 EGBGB aF	313
3. Beendigung der Rechtswahl	313
E. Anwendungsbereich des Ehwirkungsstatuts	314
I. Allgemeines	314
1. Bisheriger Anwendungsbereich	314
2. Einschränkung durch die EuGüVO	314
II. Schlüsselgewalt	315
III. Eherechtliche Beschränkungen beim Abschluss von Rechtsgeschäften mit Dritten	316
1. Beschränkungen der Geschäftsfähigkeit	317
2. Verpflichtungsbeschränkungen	317
3. Verfügungsbeschränkungen	319
IV. Beschränkungen bei Verträgen zwischen Ehegatten	321
V. Morgengabe	322
F. Schutz des Rechtsverkehrs	323
I. Verhältnis von Art. 16 Abs. 2 EGBGB zu Art. 28 EuGüVO	323
II. Beschränkungen der Schlüsselgewalt	323
III. Sonstige allgemeine Beschränkungen durch die Ehe	324
§ 9. Ehegüterrecht	327
A. Allgemeines	328
B. Rechtsquellen	329
I. Internationales Privatrecht	329
1. EU-Recht	329
2. Staatsverträge	332
3. Autonomes Kollisionsrecht	335
II. Internationale Zuständigkeit	336
1. EU-Recht	336
2. Autonomes deutsches Zivilverfahrensrecht	336
C. Kollisionsrecht	337
I. Objektive Anknüpfung	337
1. Ab dem 29.1.2019 geschlossene Ehen	337
2. Vor dem 29.1.2019 geschlossene Ehen	344
II. Rechtswahl	364
1. Allgemeines	364
2. Vereinbarung der Rechtswahl	365
3. Die wählbaren Rechte	367
4. Einigung und materielle Wirksamkeit	370
5. Formgültigkeit der Rechtswahl	373
6. Exkurs: Formgültigkeit von Eheverträgen	377
7. Wirkungen einer während der Ehe getroffenen Rechtswahl	379
8. Aufhebung und Änderung der Rechtswahl	382
9. Gründe für eine güterrechtliche Rechtswahl	383
10. Belehrungen und Hinweise	383
11. Vor dem 29.1.2019 vereinbarte Rechtswahl	384
III. Intertemporales Recht	392
1. Eheschließung vor dem 1.4.1953	393

2. Eheschließung zwischen dem 1. 4. 1953 und dem 8. 4. 1983	393
3. Eheschließung nach dem 8. 4. 1983	399
IV. Anwendungsbereich des Güterrechtsstatuts	399
1. Anwendungsbereich der EuGüVO in ab dem 29. 1. 2019 geschlossenen Ehen	399
2. Anwendungsbereich des Güterrechtsstatuts nach Art. 15 EGBGB in vor dem 29. 1. 2019 geschlossenen Ehen	409
V. Abgrenzungsfragen	418
1. Güterrechts- und Sachenrechtsstatut	418
2. Güterrechts- und Gesellschaftsstatut	420
3. Güterrechts- und Erbstatut	422
4. Güterrechts- und Schuldvertragsstatut	423
5. Abgrenzung zum Ehwirkungs- und Unterhaltsstatut	427
VI. Schutz des Rechtsverkehrs	430
1. Wahl des deutschen Rechts	430
2. Materiellrechtliche Vereinbarungen	431
3. Schutz des inländischen Rechtsverkehrs	432
VII. Deutsch-französischer Wahlgüterstand	440
D. Gerichtsstandsvereinbarung	442
I. Allgemeines	442
1. Bedeutung	442
2. Rechtsnatur	442
3. Prorogation und Derogation	443
4. Nationale Prorogations- und Derogationsverbote	443
5. Internationaler Sachverhalt	443
6. Verhältnis zu Staatsverträgen	444
II. Voraussetzungen und Schranken der Prorogation	444
1. Keine vorrangige Zuständigkeit nach Art. 4 und 5 EuGüVO	444
2. Vereinbarung der Zuständigkeit eines teilnehmenden Mitgliedstaats	444
3. Die einzelnen Anknüpfungskriterien	446
4. Bestimmtheit des als zuständig vereinbarten Mitgliedstaats	447
5. Maßgebender Zeitpunkt	447
III. Zustandekommen und materielle Wirksamkeit der Gerichtsstandsvereinbarung	448
1. Zustandekommen	448
2. Materielle Wirksamkeit	450
IV. Formgültigkeit der Gerichtsstandsvereinbarung	450
1. Form und Willenseinigung	450
2. Schriftform	450
3. Elektronische Übermittlung	452
V. Sonstige Zulässigkeit der Gerichtsstandsvereinbarung	452
1. Bestimmte Streitigkeit	452
2. Weitergehende Missbrauchskontrolle?	453
VI. Wirkungen der Gerichtsstandsvereinbarung	453
1. Ausschließlichkeit	453
2. Rügelelose Einlassung	453
3. Reichweite	453
4. Drittwirkungen	454
5. Bindung der derogierten Gerichte	454
VII. Aufhebung und Änderung einer Gerichtsstandsvereinbarung	455
E. Anerkennung und Vollstreckung von güterrechtlichen Entscheidungen	455
I. EuGüVO	455

II. Staatsverträge	455
III. Autonomes Zivilverfahrensrecht	456
§ 10. Unterhaltsrecht	457
A. Allgemeines	459
B. Rechtsquellen	459
I. Internationales Privatrecht	459
1. EU-Recht	459
2. Staatsverträge	460
3. Autonomes Kollisionsrecht	466
II. Internationale Zuständigkeit	466
1. EU-Recht	466
2. Staatsverträge	467
3. Autonomes deutsches Verfahrensrecht	467
C. Kollisionsrecht	468
I. Objektive Anknüpfung	468
1. Regelanknüpfung, Art. 3 HUP	468
2. Sonderregeln für den Unterhalt von Kindern und Eltern, Art. 4 HUP	473
3. Sonderregeln für den Unterhalt von Ehegatten und früheren Ehegatten, Art. 5 HUP	479
4. Sonderregel für den Verwandtenunterhalt, Art. 6 HUP	484
II. Rechtswahl	486
1. Überblick	486
2. Wahl des anzuwendenden Rechts für die Zwecke eines einzelnen Verfahrens, Art. 7 HUP	487
3. Wahl des anzuwendenden Rechts nach Art. 8 HUP	492
4. Gründe für eine Rechtswahl im Unterhaltsrecht	506
5. Belehrungen und Hinweise	507
III. Anwendungsbereich des Unterhaltsstatuts	508
1. Allgemeines	508
2. Unterhaltspflichten	508
3. Familienrechtliches Verhältnis	512
4. Einzelfragen zum Geltungsbereich des Unterhaltsstatuts	518
IV. Allgemeine Vorschriften	529
1. Ausschluss der Rückverweisung	529
2. Mehrrechtsstaaten	529
3. Ordre public	530
4. Einheitliche Sachnorm zur Bemessung des Unterhaltsbetrags	532
D. Gerichtsstandsvereinbarungen	534
I. Allgemeines	534
1. Bedeutung	534
2. Rechtsnatur	534
3. Inhalt	535
4. Nationale Prorogations- und Derogationsverbote	535
5. Internationaler Sachverhalt	535
6. Verhältnis zu Staatsverträgen	536
II. Schranken der Prorogation	536
1. Vereinbarung der Gerichte eines Mitgliedstaats	536
2. Hinreichender Bezug zum gewählten Forum	537
3. Internationale und örtliche Zuständigkeit	538
4. Bestimmtheit des vereinbarten Gerichts	539
5. Maßgebender Zeitpunkt	539

III. Zustandekommen und materielle Wirksamkeit der Gerichtsstandsvereinbarung	540
1. Willenseinigung	540
2. Verhältnis zum nationalen Recht	541
3. Materielle Wirksamkeit	541
IV. Formgültigkeit der Gerichtsstandsvereinbarung	542
1. Form und Willenseinigung	542
2. Schriftform	542
3. Elektronische Übermittlung	544
V. Sonstige Zulässigkeit der Gerichtsstandsvereinbarung	544
1. Bestimmte Streitigkeit	544
2. Ausschluss des Kindesunterhalts	545
3. Weitergehende Missbrauchskontrolle?	545
VI. Wirkungen der Gerichtsstandsvereinbarung	545
1. Ausschließlichkeit	545
2. Reichweite	546
3. Bindung der derogierten Gerichte	546
VII. Aufhebung und Änderung einer Gerichtsstandsvereinbarung	547
VIII. Verhältnis zum LugÜ 2007	547
IX. Intertemporale Anwendbarkeit	548
E. Anerkennung und Vollstreckung von Unterhaltsentscheidungen	548
I. EU-Recht	548
1. EuUntVO	548
2. Andere EU-Verordnungen	549
II. Staatsverträge	550
1. LugÜ 2007	550
2. Haager Übereinkommen	550
3. Bilaterale Übereinkommen	550
III. Autonomes deutsches Verfahrensrecht	551
§ 11. Ehescheidung	553
A. Allgemeines	554
B. Rechtsquellen	555
I. Internationales Privatrecht	555
1. EU-Recht	555
2. Staatsverträge	558
3. Autonomes deutsches Kollisionsrecht	560
II. Internationale Zuständigkeit	560
1. EU-Recht	560
2. Autonomes Zivilverfahrensrecht	562
C. Kollisionsrecht	563
I. Objektive Anknüpfung	563
1. Allgemeines	563
2. Die einzelnen Anknüpfungsmerkmale nach Art. 8 Rom III-VO	565
3. Ausschluss der Anknüpfungen nach Art. 8 lit. a–c durch Art. 10 Rom III-VO	573
II. Wahl des Scheidungs- bzw. Trennungsstatuts	577
1. Allgemeines	578
2. Die Rechtswahlmöglichkeiten nach Art. 5 Abs. 1 Rom III-VO	583
3. Maßgebender Zeitpunkt für die Rechtswahl und ihre Änderung	590

4. Zustandekommen und materielle Wirksamkeit der Rechtswahl	592
5. Formgültigkeit der Rechtswahl	593
6. Allgemeine Schranken der Parteiautonomie im Scheidungsrecht	597
7. Rechtswahl und Scheidungsfolgen	598
8. Gründe für eine Rechtswahl im Scheidungsrecht	599
9. Belehrungen und Hinweise des Notars	599
III. Anwendungsbereich des Scheidungsstatuts	601
1. Allgemeines	601
2. Ehescheidung und Ehetrennung	601
3. Ausgeschlossene Rechtsgebiete	605
4. Scheidungsakzessorische Anknüpfung vermögensrechtlicher Scheidungsfolgen	608
5. Einbeziehung von gleichgeschlechtlichen Ehen und registrierten Lebenspartnerschaften?	610
IV. Allgemeine Vorschriften	613
1. Ausschluss des Renvoi	613
2. Mehrrechtsstaaten	614
3. Ordre public	616
D. Anerkennung von Entscheidungen in Ehesachen	619
I. EU-Recht	619
II. Staatsverträge	620
III. Autonomes Zivilverfahrensrecht	620
§ 12. Versorgungsausgleich	623
A. Allgemeines	624
B. Rechtsquellen	624
I. Internationales Privatrecht	624
1. EU-Recht	624
2. Staatsverträge	625
3. Autonomes Kollisionsrecht	626
II. Internationale Zuständigkeit	626
1. EU-Recht	626
2. Staatsverträge	627
3. Autonomes Zivilverfahrensrecht	627
C. Objektive Anknüpfung	628
I. Allgemeines	628
II. Grundsatzanknüpfung	629
1. Anknüpfung an das Scheidungsstatut	629
2. Schranken	630
III. Vertraglicher Ausschluss des Versorgungsausgleichs	636
D. Rechtswahl	637
I. Grundsatz	637
II. Einschränkung durch Art. 17 Abs. 3 S. 1 Hs. 2 EGBGB?	639
E. Regelwidrige Durchführung des Versorgungsausgleichs auf Antrag	640
I. Allgemeines	640
II. Voraussetzungen	641
1. Kein Versorgungsausgleich von Amts wegen	641
2. Antrag eines Ehegatten	641
3. Inländische Versorgungsanswartschaften eines Ehegatten	642
4. Billiges Ergebnis	643
III. Rechtsfolge	645

F. Berücksichtigung und Bewertung ausländischer Versorgungsanwartschaften	645
I. Berücksichtigung ausländischer Anwartschaften	645
1. Anwartschaften des Berechtigten	646
2. Anwartschaften des Verpflichteten	646
3. Berücksichtigungsfähige Anwartschaften	646
II. Bewertung ausländischer Anwartschaften	647
§ 13. Lebenspartnerschaftsrecht	649
A. Allgemeines	650
B. Eingetragene Lebenspartnerschaften	650
I. Rechtsquellen	651
1. Internationales Privatrecht	651
2. Internationale Zuständigkeit	653
II. Objektive Anknüpfung an das Recht des registerführenden Staates	656
1. Allgemeines	656
2. Persönlicher Anwendungsbereich von Art. 17b EGBGB	657
3. Einzelfragen der Anknüpfung	660
4. Mehrfachregistrierung	661
III. Anwendungsbereich des Registerstatuts	662
1. Begründung der Lebenspartnerschaft	662
2. Allgemeine Wirkungen der Lebenspartnerschaft	664
3. Güterrechtliche Wirkungen der Lebenspartnerschaft	664
4. Auflösung der Lebenspartnerschaft	665
IV. Sonderanknüpfung der güterrechtlichen Wirkungen eingetragener Partnerschaften nach der EuPartVO	667
1. Allgemeines	667
2. Anwendungsbereich	667
3. Anwendbares Recht	669
V. Weitere Sonderanknüpfungen	673
1. Unterhaltsrecht	673
2. Erbrecht	674
3. Versorgungsausgleich	675
4. Namensrecht	676
5. Wohnung, Hausrat und Gewaltschutz	677
6. Sorgerecht	677
7. Abstammung	678
8. Adoption	678
VI. Keine Beschränkung der Wirkungen von im Ausland registrierten Lebenspartnerschaften („Kappungsgrenze“)	678
VII. Schutz des Rechtsverkehrs	679
VIII. Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen	680
1. EU-Recht	680
2. Staatsverträge	681
3. Autonomes Zivilverfahrensrecht	682
C. Gleichgeschlechtliche Ehen	682
I. Allgemeines	682
1. Zulassung	682
2. Qualifikation	683
II. Die einzelnen Anknüpfungen	685
1. Eingehung der Ehe	685
2. Allgemeine Ehwirkungen	685

3. Güterrecht	686
4. Eheauflösung	687
5. Versorgungsausgleich	688
6. Ehewohnung, Hausrat, Verkehrsschutz	688
7. Sonderanknüpfungen	689
8. Mehrfachregistrierung	689
D. Faktische Lebensgemeinschaften	689
I. Qualifikation	690
II. Anknüpfung der Wirkungen	691
III. Vorfrage der wirksamen Begründung der Lebensgemeinschaft?	692
§ 14. Adoptionsrecht	693
A. Rechtsquellen	694
I. Haager Adoptionsübereinkommen von 1993	694
1. Anwendungsbereich	694
2. Ziele und Inhalt	696
3. Umsetzung durch ergänzendes nationales Recht	697
II. Kollisionsrecht	697
1. EU-Recht	697
2. Staatsverträge	697
3. Autonomes Kollisionsrecht	698
III. Internationale Zuständigkeit	698
B. Anwendbares Recht	699
I. Begriff der Adoption	699
II. Die Kollisionsregeln in Art. 22 Abs. 1 EGBGB	700
1. Allgemeines	700
2. Inlandsadoption	701
3. Ausländische Vertragsadoption	702
C. Reichweite des Adoptionsstatuts	704
I. Voraussetzungen der Adoption	704
1. Grundsatz	704
2. Vertrags-/Dekretadoption	705
3. Zustimmungserfordernisse	705
4. Familiengerichtliche Genehmigung	706
5. Vorfragen	707
II. Wirkungen der Adoption	708
1. Grundsatz	708
2. Sonderanknüpfungen	708
III. Aufhebung der Adoption	713
D. Anerkennung ausländischer Adoptionen	713
I. Allgemeines	713
II. Anerkennung nach dem Haager Adoptionsübereinkommen	714
1. Voraussetzungen der Anerkennung	714
2. Wirkungen der Anerkennung	715
3. Verhältnis zur Anerkennung nach §§ 108, 109 FamFG	716
III. Anerkennung nach autonomem Recht	716
1. Dekretadoption	717
2. Vertragsadoption	721
IV. Förmliches Anerkennungs- und Wirkungsfeststellungsverfahren	721
1. Allgemeines	721
2. Anwendungsbereich	722
3. Antragserfordernis	723
4. Prüfungsmaßstab	723

5. Inhalt der Feststellungen	723
6. Wirkung der Feststellung	725
V. Umwandlung einer ausländischen Adoption im Inland	726
1. Allgemeines	726
2. Umwandlung nach dem Haager Adoptionsübereinkommen	726
3. Umwandlung nach dem Adoptionswirkungsgesetz	726
4. Teil. Erbrecht	
§ 15. Anwendbares Erbrecht	729
A. Die Anwendung der Europäischen Erbrechtsverordnung	732
I. Zeitlicher Anwendungsbereich	733
II. Räumlicher Anwendungsbereich	733
III. Sachlicher Anwendungsbereich	733
IV. Grundprinzipien der EuErbVO	734
V. Autonomes Kollisionsrecht, Art. 25 EGBGB nF	736
B. Objektive Anknüpfung des Erbstatuts	736
I. Anknüpfung an den gewöhnlichen Aufenthalt	736
II. Bestimmung des gewöhnlichen Aufenthalts	737
1. Auslegungsgrundsätze	737
2. Anwendungsbeispiele	740
III. Die Ausweichklausel des Art. 21 Abs. 2 EuErbVO	743
1. Anwendungsbereich	743
2. Anwendungsbeispiele	744
IV. Rück- und Weiterverweisung	745
1. Grundprinzipien	745
2. Varianten der Rück- oder Weiterverweisung	747
3. Gespaltene Verweisung	750
4. Versteckte Rückverweisung	753
V. Anknüpfung bei Mehrrechtsstaaten	755
1. Grundprinzipien	755
2. Berücksichtigung interlokaler Kollisionsvorschriften, Art. 36 Abs. 1 EuErbVO	756
3. Autonome Unteranknüpfung, Art. 36 Abs. 2 EuErbVO	757
4. Unteranknüpfung bei interpersonaler Rechtsspaltung, Art. 37 EuErbVO	758
C. Die Bestimmung des Erbstatuts durch Rechtswahl	758
I. Bedeutung der Rechtswahl	758
II. Ausübung der Rechtswahl nach Art. 22 EuErbVO	761
1. Wählbares Recht	761
2. Ausübungserklärung	762
3. Rechtswahl bei Mehrrechtsstaaten	767
4. Anwendung bei Staatenlosen und Flüchtlingen	770
III. Rechtswahl aufgrund der Übergangsbestimmungen in Art. 83 EuErbVO	771
1. Fiktion des Art. 83 Abs. 4 EuErbVO	771
2. Fortbestehende Rechtswahlen, Art. 83 Abs. 2 EuErbVO	773
IV. Änderung und Widerruf einer Rechtswahl	775
V. Folgen der Rechtswahl	776
VI. Rechtswahl nach ausländischem Recht	777
D. Formelle Wirksamkeit von Verfügungen von Todes wegen	778
I. Abgrenzung formelle und materielle Wirksamkeit	778
II. Anwendbares Recht	779

III. Einzelne Anknüpfungsmerkmale	780
IV. Änderung und Widerruf	783
E. Zulässigkeit, materielle Wirksamkeit und Bindungswirkung von Verfügungen von Todes wegen	784
I. Reichweite des Errichtungsstatuts	784
1. Zulässigkeit der letztwilligen Verfügung	784
2. Materielle Wirksamkeit der letztwilligen Verfügung	787
3. Auslegung der letztwilligen Verfügung	790
II. Begriff des Erbvertrags in der EuErbVO	791
1. Definition des Erbvertrags	791
2. Einordnung gemeinschaftlicher Testamente	792
III. Die Anknüpfung von einseitigen Testamenten	794
1. Objektive Anknüpfung	794
2. Rechtswahlmöglichkeiten	795
3. Änderung und Widerruf des Testaments	796
IV. Die Anknüpfung von Erbverträgen	797
1. Reichweite des Errichtungsstatuts bei Erbverträgen	798
2. Die Anknüpfung einseitiger Erbverträge	800
3. Die Anknüpfung mehrseitiger Erbverträge	800
V. Erb- und Pflichtteilsverzichtsverträge	805
1. Qualifikation als Erbvertrag	805
2. Wirkungsumfang des Verzichtsvertrags	806
F. Reichweite des Erbstatuts	808
I. Qualifikation des Art. 23 Abs. 2 EuErbVO	808
II. Anknüpfung vor Vorfragen	814
III. Einzelfragen des Anwendungsbereichs	815
1. Abgrenzung zum Güterrecht, Art. 1 Abs. 2 lit. d EuErbVO	815
2. Abgrenzung zu lebzeitigen Rechtsgeschäften, Art. 1 Abs. 2 lit. g EuErbVO	818
3. Abgrenzung zum Gesellschaftsrecht, Art. 1 Abs. 2 lit. h und lit. i EuErbVO	819
4. Ausschluss von Trusts, Art. 1 Abs. 2 lit. j EuErbVO	820
5. Beschränkter Vorbehalt des Sachstatuts und Registerrechts, Art. 1 Abs. 2 lit. k und lit. l EuErbVO	822
IV. Schutz besonderer Vermögenswerte, Art. 30 EuErbVO	824
V. Ordre-Public-Vorbehalt, Art. 35 EuErbVO	825
VI. Vorrang bilateraler Abkommen	826
1. Deutsch-türkisches Nachlassabkommen	827
2. Deutsch-persisches Niederlassungsabkommen	830
3. Deutsch-sowjetischer Konsularvertrag	831
G. Abwicklung im Erbfall	832
I. Nachweis der Erbfolge durch ENZ und Erbschein	832
1. Europäisches Nachlasszeugnis	832
2. Nationale Erbnachweise	834
II. Ausschlagung bei ausländischem Erbstatut	836
5. Teil. Schuldvertrags- und Sachenrecht	
§ 16. Schuldvertragsrecht	839
A. Rechtsquellen	842
I. Übersicht	842
II. Staatsvertragliches Kollisionsrecht	842

III. Materielles Einheitsrecht	843
1. Anwendungsbereich des CISG	843
2. CISG: Regelungsbereich	847
3. Opting-out	847
4. Opting-in	848
IV. Rom I-VO	848
B. Rechtswahl	849
I. Grundsatz der Parteiautonomie	849
II. Materiell-rechtliche Verweisung	849
III. Rechtswahlvereinbarung	850
1. Zulässigkeit (insbesondere für Verbraucher- und Arbeitsverträge)	850
2. Zustandekommen und Wirksamkeit der Rechtswahlvereinbarung	852
3. Form	853
4. Geschäfts- oder Handlungsfähigkeit	854
5. Vertretung	855
6. Zeitpunkt der Rechtswahl	855
7. Änderung und Aufhebung	855
8. Wählbare Rechtsregeln	855
9. Umfang der Rechtswahl	856
10. Zwingendes Inlandsrecht im Falle eines Binnensachverhalts (Art. 3 Abs. 3, Abs. 4 Rom I-VO)	857
11. Allgemeine Einschränkungen	859
12. Bedingte Rechtswahl	860
13. Berücksichtige und stillschweigende Rechtswahl	860
14. Auslegung	860
IV. Bedeutung des ausländischen Kollisionsrechts	861
C. Objektive Anknüpfung der Rom I-VO	862
I. Allgemeine Anknüpfung des Art. 4 Rom I-VO	862
1. Art. 4 Abs. 1 Rom I-VO	862
2. Typenkombinations- und -verschmelzungsvertrag, uneinheitlicher Vertragsgegenstand	868
3. Recht der charakteristischen Leistung (Art. 4 Abs. 2 Rom I-VO)	870
4. Ausweichklausel (Art. 4 Abs. 3 Rom I-VO)	870
5. Recht der engsten Verbindung (Art. 4 Abs. 4 Rom I-VO)	871
II. Anknüpfung für Beförderungsverträge (Art. 5 Rom I-VO)	872
III. Anknüpfung für Verbraucherverträge (Art. 6 Rom I-VO)	872
1. Verbraucher	873
2. Unternehmer	874
3. Ausübung oder Ausrichtung der beruflichen oder gewerblichen Tätigkeit	874
4. Kausalität/Konnexitätskriterium	876
5. Keine Ausnahme nach Art. 6 Abs. 4 Rom I-VO	876
IV. Anknüpfung für Versicherungsverträge (Art. 7 Rom I-VO)	878
V. Anknüpfung für Arbeitsverträge (Art. 8 Rom I-VO)	878
D. Reichweite des Vertragsstatuts	879
I. Sachlicher Anwendungsbereich der Rom I-VO	879
1. Vertragliche Schuldverhältnis mit Auslandsbezug	879
2. Öffentlich-rechtliche Rechtsverhältnisse	879
3. Nicht erfasste Rechtsfragen	880
II. Einheitliche Anknüpfung	896

III. Forderungsübertragung	897
IV. Aufrechnung	899
V. Ordre public	900
E. Eingriffsnormen	900
I. Begriff	900
II. Verhältnis zu Art. 3 Abs. 3 und Abs. 4, Art. 6, Art. 8 und Art. 46b EGBGB	902
III. Verhältnis zum ordre public	903
IV. Deutsche Eingriffsnormen vor deutschen Gerichten	903
V. Ausländische Eingriffsnormen vor deutschen Gerichten	904
F. Gerichtsstandsvereinbarung	905
I. Rechtsgrundlagen	905
II. Gerichtsstandsvereinbarung nach Brüssel Ia-VO/LugÜ 2007	908
1. Vorliegen einer Vereinbarung	908
2. Bestimmtheit	909
3. Form	909
4. Zustandekommen und Wirksamkeit	910
5. Grenzen des Art. 25 Abs. 4 Brüssel Ia-VO, Art. 23 Abs. 5 LugÜ 2007	911
6. Inhalt einer Gerichtsstandsvereinbarung	911
III. Gerichtsstandsvereinbarung nach HGÜ	912
1. Vorliegen einer Vereinbarung	913
2. Bestimmtheit	913
3. Form	913
4. Zustandekommen und Wirksamkeit	914
5. Inhalt einer Gerichtsstandsvereinbarung	914
G. Schiedsvereinbarung	915
I. Rechtsgrundlagen	915
II. Schiedsvereinbarungsstatut	916
III. Formstatut	916
IV. Zulässigkeit der Schiedsvereinbarung	917
V. Schiedsverfahrensstatut	917
VI. Sachstatut	918
H. Verfahrensrechtliche Rechtsfragen	918
I. Vertragsmuster	918
I. Opt-out-Vereinbarung nach Art. 6 CISG	918
II. Rechtswahl nach Art. 3 Rom I-VO	919
III. Rechtswahl nach Art. 14 Rom II-VO	919
IV. Gebührenrechtliche Folgen einer Rechtswahl	920
V. Gerichtsstandsvereinbarungen	920
1. Ausschließliche Gerichtsstandsklausel	920
2. Alternative Gerichtsstandsklausel	921
3. Fakultative Gerichtsstandsklausel	921
4. Einseitig begünstigende Gerichtsstandsklausel	921
VI. Schiedsvereinbarung	921
§ 17. Sachenrecht	923
A. Rechtsquellen	923
B. Anknüpfung	924
I. Lex rei sitae	924
II. Ausweichklausel des Art. 46 EGBGB	924
III. Rechtswahl	925
IV. Statutenwechsel	925

C. Reichweite des Sachenrechtsstatuts	928
I. Rechte an einer Sache (Art. 43 EGBGB)	928
II. Verhältnis von Einzel- und Gesamtstatut	933
6. Teil. Gesellschaftsrecht	
§ 18. Anknüpfung im Internationalen Gesellschaftsrecht	937
A. Das Gesellschaftsstatut nach deutschem Kollisionsrecht	940
I. Keine Kodifikation des Gesellschaftsstatuts	940
II. Anknüpfungsmomente zur Bestimmung des Gesellschaftsstatuts	941
1. Sitztheorie	941
2. Gründungstheorie	942
3. Praktische Relevanz der unterschiedlichen Anknüpfungsmomente	944
4. Rechtsfolgen eines Statutenwechsels nach der Sitztheorie	944
III. Vorrangige Staatsverträge	946
B. Einflüsse des Europarechts	947
I. Die Rechtsprechung des EuGH	947
1. „Zuzugsfälle“	948
2. „Wegzugsfälle“	953
3. Keine Rechtfertigung der Beschränkung in den „Zuzugsfällen“	959
4. Erfordernis eines „genuine link“ – Verbot von „Briefkastenfirmen“?	961
II. Umsetzung der primärrechtlichen Vorgaben im deutschen Kollisionsrecht	968
1. Rechtsprechung des BGH	968
2. Formulierung der deutschen Gesellschaftskollisionsnorm nach BGH	972
3. Kritik im Schrifttum an der „gespaltenen“ Anknüpfung	972
III. Ausgestaltung als Gesamtverweisung (Art. 4 Abs. 1 EGBGB)	973
1. Verweisung der Gründungstheorie in „Zuzugsfällen“ aus Mitgliedstaaten	973
2. Verweisung der Sitztheorie in „Wegzugsfällen“	975
3. Tabelle – Auswirkung einer Verwaltungssitzverlegung nach BGH	977
IV. Auslegung der EuGH-Rechtsprechung als „versteckte“ Kollisionsnorm	978
1. Europarechtliche Sachnormverweisungs-Gründungstheorie	979
2. Europarechtliche Gesamtverweisungs-Gründungstheorie	981
V. Vergleich der methodischen Lösungsansätze	986
1. Auswirkungen bei „Zuzugsfall“ aus Sitztheorie-Mitgliedstaat	986
2. Rechtfertigung einer „versteckten“ Kollisionsnorm aufgrund des „effet utile“	988
C. Kollisionsrecht bei grenzüberschreitenden Umwandlungen	991
I. Grenzüberschreitende Verschmelzung	992
1. Vereinigungstheorie nach deutschem Kollisionsrecht	992
2. EuGH 13. 12. 2005 – C-411/03 – SEVIC Systems	993
3. Umsetzung der primärrechtlichen Vorgaben in der Praxis	994
4. Nachteile der Verschmelzung	995
II. Grenzüberschreitender Rechtsformwechsel	995
1. Europarechtliche Vorgaben	995
2. Kollisionsrechtliche Auswirkungen – Kombinationstheorie	1000

3.	Umsetzung europarechtlicher Vorgaben im Umwandlungssachrecht	1001
4.	Hereinformwechsel in eine deutsche GmbH (Zuzugsfall)	1005
5.	Herausformwechsel aus einer deutschen GmbH (Wegzugsfall)	1022
D.	Auswirkungen des Brexit	1038
I.	Zeitliche Phasen des Austrittsprozesses	1038
II.	Neugründungen von Limiteds ab dem 1.1.2021	1039
1.	Keine Geltung der Art. 49, 54 AEUV	1039
2.	Regelungen im Handelsabkommen vom 24.12.2020	1039
3.	Behandlung von britischen Briefkasten-Limiteds	1040
III.	Bis zum 31.12.2020 gegründete Limiteds („Altfälle“)	1041
1.	Gründe für „Altfälle“ britischer Briefkasten-Limiteds	1041
2.	Rechtslage bis zum 31.1.2020	1041
3.	Rechtslage vom 1.2.2020 bis zum 31.12.2020	1042
4.	Rechtslage ab dem 1.1.2021	1042
IV.	Verfassungsrechtlicher Vertrauensschutz bei „Altfällen“?	1046
1.	Unechte Rückwirkung durch Eingangsstatutenwechsel	1046
2.	Ausreichend langer Reaktionszeitraum	1047
3.	Möglichkeiten zur Vermeidung einer persönlichen Haftung	1048
§ 19.	Qualifikationsfragen im Internationalen Gesellschaftsrecht	1053
A.	„Einheitslehre“	1053
B.	Reichweite des Gesellschaftsstatuts	1054
I.	Art. 10 Abs. 2 Nr. 1 RefE – Rechtsnatur, Rechts- und Handlungsfähigkeit	1055
II.	Fragen des Art. 10 Abs. 2 Nr. 2 RefE	1055
1.	Gründung der Gesellschaft	1055
2.	Auflösung der Gesellschaft	1055
3.	Insbesondere: Löschung einer britischen Limited	1056
III.	Art. 10 Abs. 2 Nr. 3 RefE – Name und Firma	1057
IV.	Fragen des Art. 10 Abs. 2 Nr. 4 RefE	1057
1.	Organisationsverfassung	1057
2.	Finanzverfassung	1058
V.	Fragen des Art. 10 Abs. 2 Nr. 5 RefE	1058
1.	Vertretungsmacht der Organe	1058
2.	Handeln „ultra vires“, Verkehrsschutz nach Art. 12 S. 1 EGBGB	1059
VI.	Fragen des Art. 10 Abs. 2 Nr. 6 RefE	1059
1.	Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft	1059
2.	Mit der Mitgliedschaft verbundene Rechte und Pflichten	1060
VII.	Fragen des Art. 10 Abs. 2 Nr. 7 RefE	1060
1.	Haftung der Mitglieder für Verbindlichkeiten der Gesellschaft	1060
2.	Haftung der Organmitglieder für Verbindlichkeiten der Gesellschaft	1061
3.	Haftung der Gesellschaft	1061
VIII.	Fragen des Art. 10 Abs. 2 Nr. 8 RefE	1061
1.	Haftung wegen Verletzung gesellschaftsrechtlicher Pflichten	1061
2.	Haftung der Gesellschafter wegen „existenzvernichtenden Eingriffs“	1061
IX.	Sonstige gesellschaftsrechtlich zu qualifizierende Aspekte	1062
C.	Abgrenzung des Gesellschaftsstatuts von anderen Statuten	1063
I.	Fragen des Schuldvertragsstatuts (Art. 3 ff. Rom I-VO)	1063
1.	Recht der Vorgründungsgesellschaft	1063

2. Kausalgeschäft zur Abtretung von Geschäftsanteilen	1063
II. Fragen des Deliktsstatuts (Art. 4 ff. Rom II-VO)	1063
III. Fragen des Insolvenzstatuts (Art. 3 Abs. 1, 4 Abs. 1 EuInsVO)	1064
1. Recht der Gesellschafterdarlehen	1064
2. Organhaftung für Insolvenzverschleppung und Masseschmälerung	1064
IV. Fragen des Vollmachtsstatuts	1065
V. Fragen des Formstatuts	1066
1. Form der Abtretung von Geschäftsanteilen	1066
2. Form der Gründung einer Kapitalgesellschaft	1070
3. Form eines Verschmelzungsvertrags	1075
VI. Fragen des Ehegüterstatuts	1075
1. „Rettung“ der GmbH-Gründung durch Vinkulierungsklausel ...	1076
2. Muster für die GmbH-Gründungsurkunde	1077
3. Beschränkte Prüfungscompetenz des Registergerichts	1080
Sachregister	1083
Länderregister	1101


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG